

Nachrichten

Handelsblatt

der Stadt Basel

Expedition:

Dufourstraße 40. ☛ Telephon 22.860

Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

Insertionspreise

Die 1-spaltige Millimeter-
zeile oder deren Raum:
Für Basel 25 Cts.,
Für die Schweiz 25 Cts.,
Für das Ausland 40 Cts.
Reklamen Fr. 1.25. Bei
größeren Aufträgen Rabatt.
Rubrik-Insertate: Basel
25 Cts., Wiederholungen
20 Cts. Insertate werden
von der Publicitas
A.-G. und ihren sämtlichen
Filialen entgegengenom-
men. Für die Aufnahme
von Anzeigen an bestimmt
vorgeschriebenen Stellen
oder Tagen wird keine
Verantwortlichkeit über-
nommen.

Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition Aktiengesellschaft. — Telephon 22 929.

Der Konflikt in der Deutschen Evangelischen Kirche.

Die ernstesten Ereignisse in Württemberg und Bayern.

Absetzung von Bischof Meiser.

München, 12. Okt. Ag. (D.M.B.) Durch eine Ver-
ordnung, die auf Grund des Artikels 6 der Ver-
fassung der Deutschen Evangelischen Kirche erlassen
wurde, ist der Landesbischof Dr. Meiser mit sofortiger
Wirkung von seinem Amte abberufen worden. Veranlassung hierzu bot die dauernde
Weigerung, rechtmäßig ergangene Gesetze der Deut-
schen Evangelischen Kirche durchzuführen.

K. Berlin, 12. Okt. (Privattelegr.) Zu der Absetzung
des Landesbischofs Meiser von Bayern erfahren wir
noch aus München, daß die Absetzung offiziell
erst morgen Samstag bekanntgegeben
werden wird. Ein Nachfolger für Meiser ist vor-
läufig noch nicht ernannt. Es besteht auch die Ab-
sicht, das Landesbischöfamt von Bayern ganz aus-
zu lassen und nur einen Bischof für Franken
und einen für Oberbayern zu ernennen. Für Franken
ist, wie bereits berichtet, Pfarrer Sommerer aus-
ersehen, der sein Amt zunächst kommissarisch
verwaltet. Für München wird noch kein Name ge-
nannt. Meiser hat nach Ansicht der Kirchenregie-
rung seinen Kampf nicht nur gegen den Reichsbischof,
sondern zuletzt überhaupt gegen das neue Regime ge-
führt; es wird ihm vorgeworfen, auch entsprechende
Verbindungen angeknüpft zu haben.

Meisers Absetzung ist nicht so leicht vor sich ge-
gangen. Der Reichsbischof entsandte einen Ver-
trauensmann nach München, der, als er dort ankam,
nirgends Zutritt fand. Es ist der bayerischen Presse
vorläufig strengstens verboten, sich etwa für
Meiser einzusetzen.

Die kirchlichen Vorgänge in Württemberg.

Man schreibt uns aus Deutschland:

Die evangelische Kirche Württembergs steht unter
einer von Tag zu Tag zunehmenden Bedrückung seitens
des Staates. Seine wiederholten Erklärungen, der Staat
wolle sich nicht mehr in den Kirchenstreit einmischen,
werden durch das tatsächliche Verhalten der staatlichen
und der Partei-Organen Lügen gestraft. So hatte für den
3., 4. und 5. Oktober der Stuttgarter Bruderrat der
Bekennnisgemeinschaft der Deutschen Evan-
gelischen Kirche zu drei großen Versam-
lungen die Gemeindeglieder in das Furtbachhaus ein-
geladen. In der Versammlung vom 3. Oktober konnte
Landesbischof D. Wurm auch noch einen Bericht über
die kirchliche Lage geben. Aber nach Schluß der Versam-
lung, als sämtliche Teilnehmer das Haus bereits ver-
lassen hatten, erschien die Politische Polizei zusammen
mit dem Ortsgruppenleiter der P. O., um die Auflösung
der Versammlung vorzunehmen. Man verlangte die so-
fortige Öffnung des bereits geschlossenen Saales, weil
man noch „geheime Sitzungen“ vermutete, die abgehalten
werden sollten. Die als geschlossene Versammlungen für
den 4. und 5. Oktober polizeilich angemeldeten Gemeinde-
tagungen wurden von der Politischen Polizei in letzter
Minute verboten. Da die eingeladenen Gemeindeglie-
der nicht mehr von diesem Verbot in Kenntnis gesetzt
werden konnten, erschienen sie am 4. Oktober vor dem
Furtbachhaus. Sie wurden nicht hineingelassen, stimm-
ten darauf das Lutherlied an und sprachen gemeinsam
das Vaterunser. Schließlich begab sich die große Men-
schenmenge in die nahe gelegene Johanneskirche zu dem
dort stattfindenden Wittgottesdienst, in dem Landesbischof
D. Wurm eine ergreifende Predigt hielt. Auch an diesem
Abend erschien wieder in dem Furtbachhaus ein Aufge-
bot von etwa sechzig Parteileuten, um den Platz zu
räumen.

berechneten Rüstungsprogramm hervorträte, könnte
es der europäischen Politik eine Wendung geben,
die sowohl in seinem, als im europäischen Interesse
läge. Es müßte dabei selbstverständlich auch auf die
Beunruhigung Oesterreichs verzichten; denn gerade
die Angst um Oesterreich ist das wirksamste Binde-
mittel für eine antideutsche Koalition. In Berlin
erwartet man anscheinend, daß das Programm
Barthou scheitern werde, auch wenn Deutschland
passiv bleibt. Aber das ist eine sehr gewagte Spe-
kulation. Scheitert sie, dann ist das Unheil da.
Greift man aber im heutigen kritischen Moment
aktiv ein, dann ist gute Aussicht vorhanden für die
Durchführung dessen, was das Reich mit Recht for-
dert: die internationale Anerkennung seiner in
Versailles verpönten Wehrhaftigkeit.

Inzwischen finden in ganz Württemberg, vor allem in
Stuttgart, in immer steigender Zahl Wittgottes-
dienste statt. In manchen Stuttgarter Gemeinden
versammelt sich die Gemeinde Abend für Abend. Unver-
gänglich wird für Württembergs Geschichte der Gottes-
dienst bleiben, den die 900 württembergischen Pfarrer,
die der Bekenntniskirche angehören, am Donnerstag,
4. Oktober, Nachmittag in der Stuttgarter Stiftskirche,
zusammen mit den Pfarrfrauen, abhielten. Vor etwa 1500
Pfarrern und Pfarrfrauen predigte Landesbischof D.
Wurm und Dekan Langensack (München) mit erschüt-
terndem Ernst. Anschließend fand eine Abendmahlsfeier
statt.

Leider wurde an demselben Nachmittag ein Ueber-
fall auf Stadtpfarrer Ruder ausgeführt, der auf
Wunsch der Eltern, obwohl er seit dem 15. September
beurlaubt ist, den Knaben-Konfirmandenunterricht be-
gann. Kurz nach Beginn kamen drei Leute der P. O. in
den Raum und forderten die Kinder auf, heimzugehen.
Als Stadtpfarrer Ruder sie nach rechtlichen Unterlagen
für ihr Vorgehen fragte, sagte man ihm barsch, er dürfe
keinen Unterricht halten. Als schließlich Stadtpfarrer
Ruder von ihnen einen Ausweis forderte, der sie zu ihrem
Vorgehen berechtigte, und sie nach ihrem Namen fragte,
gaben sie zur Antwort, das gehe ihn nichts an, das Par-
teiabzeichen sei Ausweis genug. Schließlich kamen wei-
tere fünf Leute in das Unterrichtszimmer und drangen
auf Pfarrer Ruder ein, schlugen ihm die Brille vom Ge-
sicht und rissen seine Bücher vom Tisch. Das Ganze
endete damit, daß dem jungen Sohn des Hausverwalters
von einem der Eindringlinge mit einer Stahlrute über
den Kopf geschlagen wurde, so daß er eine klaffende
Wunde davontrug.

Mit tiefer Bitterkeit wurde von der Bekenntnisfront
der württembergischen Kirche am Samstag die Nachricht
aufgenommen, daß der württembergische Innenminister
dem Landesbischof D. Wurm, dem Oberkirchenrat
Schaußler, dem Oberkirchenrat Pressel und dem
Pfarrer Weber bis auf weiteres das Verlassen
ihrer Wohnung, jede Betätigung im Kirchenstreit
und jede Amtshandlung irgendwelcher Art ver-
boten habe. Jede Zuwiderhandlung werde mit sofortiger
Schubhaft bestraft. Die Empörung über diesen
Schritt ist bei dem württembergischen Kirchenvolk tief und
allgemein.

Für Sonntag, den 7. Oktober, war vier der bekann-
testen Stuttgarter Pfarrern das Abhalten ihrer Got-
tesdienste verboten worden; dafür waren
deutsch-christliche Pfarrer von auswärts herangezogen
worden, die die Gottesdienste abhalten sollten. Die vier
behinderten Pfarrer verlegten daraufhin ihre Gottes-
dienste auf andere Zeiten, so daß zum Beispiel Prälat
Schrenk in der überfüllten Stiftskirche bereits um 8 Uhr
vormittags predigte. Andere Pfarrer wurden von der
Polizei für die Zeit des Gottesdienstes in ihrer Wohnung
festgehalten. Dies geschah zum Beispiel dem Stadtpfar-
rer Pfeiffer, Stuttgart-Gablenberg. Die Gemeinde, die
vor der verschlossenen Kirchentüre sich staute, leistete der
Aufforderung, auseinanderzugehen, keine Folge und hielt
schließlich in einem benachbarten Kindergarten einen Not-
gottesdienst ab. Im Anschluß daran sang die gesamte Ge-
meinde vor dem Hause ihres Pfarrers Choräle. Aufsehen
erregte in diesen Tagen eine Mitteilung des Ministerprä-
sidenten Mergenthaler, die er bei einer Rundgebung der
schwäbischen Erzieher in der Stuttgarter Stadthalle
machte. Eine organisatorische Aenderung der Kirche, so
meinte Mergenthaler, sei keine Bedrohung des Christen-
tums. Wenn man die Dinge auf die Spitze triebe, müßte
an dem eiternden Geschwür eine Operation vorgenom-
men werden, die für gewisse Kreise sehr schmerzhaft wäre.

Große Erregung rief die Zwangspensionie-
rung der Prälaten Hoffmann (Ulm) und Gauß
(Heilbronn) im ganzen Kirchenvolk hervor. Prälat Hoff-
mann ist seit über dreißig Jahren der rührige und tat-
kräftige Führer des württembergischen Hauptvereins der
Gustav-Adolf-Stiftung. Prälat Gauß ist einer der be-
liebtesten Prediger Württembergs.

Durch die sich häufenden Eingriffe des Staates und
der P. O. steigert sich die Erregung des Kirchenvolkes
immer mehr. In Leonberg jagte der Kreisleiter der
Partei eine vom Dekan in das Pfarrhaus einberufene
geschlossene Pfarrerversammlung auseinander. In Truch-
selingen wurde der Pfarrer der Gemeinde vorübergehend
in Schubhaft genommen. Als die Gemeinde davon hörte,
versammelte sie sich vor dem Pfarrhaus und sang Be-
kenntnislieder. Der polizeilichen Aufforderung, ausein-
anderzugehen, kam sie nicht nach, sondern sang das Lied
„Befiehl Du Deine Wege“. Erst als aus der benachbar-
ten Stadt ein S. A.-Kommando herbeigerufen war, das
mit Gewalt gegen die versammelte Gemeinde losging,
konnte die Versammlung zerstreut werden. In Ludwigs-
burg wurde in einer Parteiversammlung erklärt, wer sich
dem Reichsbischof Müller nicht unterordne, werde aus
der Partei ausgeschlossen. Das ist bereits bei einem
Pfarrer und seiner Frau geschehen, die beide treu zu
ihrem Landesbischof standen. In Gräfenhausen ließ der
Ortsgruppenleiter der P. O. durch den Gemeinbediener

168A 16604

ausschließen, daß der Sonntagvormittagsgottesdienst aus-
falle! Der Gottesdienst fand trotzdem unter sehr starker
Beteiligung der Gemeinde statt. In Marbach wurden
Abendmahlsfeiern der Bekenntnisgemeinschaft verboten.
Am Montag, den 8. Oktober 1934, hat die Politische Po-
lizei die Geschäftsräume der Bekenntnisgemein-
schaft in Stuttgart durchsucht, den gesamten Schriftwech-
sel beschlagnahmt und versiegelt. Ebenso wurden
die Gelder, die man vorfand, beschlagnahmt.

Eine Rundgebung der Bekenntnissynode.

Der Bruderrat der Bekenntnissynode
der Deutschen Evangelischen Kirche erläßt, unter-
zeichnet von D. Koch, folgende Rundgebung an die
bekenntnenden Gemeinden Württembergs, datiert aus
Berlin vom 10. Oktober:

„Der Bruderrat der Bekenntnissynode der Deut-
schen Evangelischen Kirche grüßt die bekennen-
den Gemeinden Württembergs:

Gnade sei mit Euch und Friede von Gott unserem
Vater und unserem Herrn Jesus Christus. Wir ge-
denken Eurer aller allezeit in unserem Gebet und
rühmen unter den Gemeinden Gottes Eure Geduld
und Euren Glauben in all Eurer Verfolgung und
Trübsal, die Ihr duldet. Wißt, daß dieser Kampf
Euch von Gott verordnet ist, damit Ihr im Glauben
bestehet und würdig werdet zum Reiche Gottes.
Darum beten wir auch alle Zeit für Euch, daß Gott
Euch würdig mache der Berufung, auf daß an Euch
gepriesen werde der Name unseres Herrn Jesu
Christi.

Wir ermahnen Euch: Lasset Euch durch keine Not
oder Verfolgung von der lautereren Wahrheit des
Evangeliums abdrängen. Bewahrt Eurer evange-
listischen Kirche und Euren rechtmäßigen Landes-
bischof D. Wurm die Treue. Tretet mit Bitte, Ge-
bet, Fürbitte und Dankagung hinter Eure Hirten,
die Euch das Wort Gottes unverfälscht und unber-
kürzt verkündigen. Geduld aber ist Euch not, auf
daß Ihr den Willen Gottes tut und die Verheißung
empfangt. Des Herrn Augen schauen alle Lande.
daß er Stärke, die mit ganzem Herzen in ihm sind.“

Nationalsozialismus und Studentenverbände.

(Vergleiche in der 2. Beilage den Artikel
„Reformen des studentischen Lebens im Dritten Reich“.)

DaD. Der Vorstoß des Führers der Deutschen Stu-
dentenschaft Feidert gegen das traditionsreiche Korpo-
rationswesen in Deutschland ist auf erbitterten Wider-
stand gestoßen und kann heute als gescheitert bezeich-
net werden. Feidert gab am 20. September einen Erlaß
heraus, nach dem die jungen Studenten erst vom dritten
Semester ab sich einer Korporation anschließen
dürften; die beiden ersten Semester sollten sie in
Kameradschaftshäusern unter Leitung nationalsozialisti-
scher Studenten verbringen. Die Durchführung dieses
Erlasses hätte praktisch das Ende der Korporationen
bedeutet, denn vom dritten Semester ab dürfte es drin-
gend sein, daß der junge Student sich ausschließlich
seiner wissenschaftlichen Ausbildung widmet. Mit den
Korporationen würde aber ein Instrument der Jugend-
erziehung verloren gehen, dessen Wert sich in den Schlach-
ten des Weltkrieges, wie Langemark, sowie in den Nach-
kriegskämpfen der Freikorps, vor allem im deutschen
Osten, klar erwiesen hatte. Es wurde nicht nur in den
Kreisen der Korporationsstudenten, sondern ganz allge-
mein im deutschen Volk als Widerspruch empfunden, daß
gerade das Neue Deutschland diese Erziehungsstätten zer-
schlagen wolle. Auf den energischen Protest der Korpo-
rationen hin hat sich denn auch sofort gezeigt, daß der
Studentenführer Feidert im Widerspruch zu den
Auffassungen Hitlers gehandelt hat. In einer
Sitzung, die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs in der
Reichskanzlei Lammer, also eines engen Mitarbeiters
Hitlers, stattfand, stellte dieser fest, daß Hitler und auch
der Minister Heg den erwähnten Erlaß entschieden miß-
billigten. Es wurde dabei ferner bekannt, daß auch die
übrigen nationalsozialistischen Studentenführer schwerste
Bedenken gegen diesen Erlaß zum Ausdruck gebracht
hatten. Wie wir hören, hat im Verlauf der Aussprache
Feidert seinen Erlaß im wesentlichen zurück-
gezogen. Die endgültige Regelung dürfte nun der-
gestalt erfolgen, daß die jungen Studenten im ersten und
zweiten Semester in einem Kameradschaftshaus leben
müssen, das jedoch unter der Leitung der alten Kor-
porationen stehen wird. Diese Entwicklung deutet darauf
hin, daß das Experimentieren innerhalb der Deutschen
Studentenschaft nunmehr beendet wird, und daß die
akademische Erziehung in den Händen der alten Kor-
porationen verbleiben wird, die selbstverständlich grund-
sätzlich auf dem Boden des Neuen Deutschland stehen.
Ob der Führer der Deutschen Studentenschaft Feidert
aus dieser Entwicklung persönliche Konsequenzen ziehen
wird, ist bisher nicht bekannt.

Die Besorgnisse des Auslands wegen deutscher Rüstungen.

K. Berlin, 12. Okt. (Privattele.) In der Welt be-
unruhigt man sich wieder einmal ausführlich über
die deutschen Rüstungen und deutschen Rüstungs-
käufe. Die Gerüchte über die kolossalen Anstrengun-
gen, die Deutschland auf dem Gebiet der Rüstung
mache, wollen nicht verstummen und führen natür-
lich zu Erwiderungen in der deutschen Presse,
von denen zwei der wichtigsten wiedergegeben seien.

So beschäftigt sich ein Artikel der „Frankfu-
rter Zeitung“ aus Zürich mit den Baumwollkäufen,
die Deutschland in der letzten Zeit hauptsächlich
in der Schweiz getätigt hat. Die „Frankfurter
Zeitung“ schreibt nun, ausländische Nachrichtenzen-
trale hätten die deutsch-englischen Verhandlungen
über die Bezahlung von Baumwollimporten
durch die Behauptung zu stören oder wenigstens
zu belasten versucht, daß Deutschland unter der Hand
gegen Devisenbarzahlung große Mengen Baumwoll-
abfälle auf dem Weltmarkt aufkaufe, um seine Mu-
nitionsbetriebe zu versorgen. Auch Schweizer Blät-
ter hätten einzelne dieser Meldungen mit entspre-
chender politischer Unterstreichungen wiedergegeben,
und da die Veröffentlichung gerade in die Tage der

Sie seien billiger als die andern Baumwoll-
fälle, und es sei daher schwer einzusehen, wes-
halb Deutschland die teureren Baumwollabfälle zu
Munitionszwecken einkaufen sollte. Aber selbst wenn
den in England gekauften Abfällen Linters ent-
halten gewesen wären, so brauchten sie nicht unbe-
zweckelt zum Nitrieren bestimmt zu sein, da Linters
zur Kunstseidefabrikation verwertet
würden.

Eine andere nicht minder aufsehenerregende
Meldung über die Beunruhigung der öffentlichen
Meinung in einem Deutschland benachbarten Land,
nämlich in Holland, bringt der „Völkische Beob-
achter“. Dessen Rotterdamer Korrespondent über-
mittelt den Auszug eines Artikels, den der Amster-
damer „Telegraaf“ auf Grund von Angaben
veröffentlicht, die der leitende Offizier der hollän-
dischen Luftmacht, Major Maas, dem Schriftleiter
des Blattes gemacht hat. Der holländische Luftkriegs-
fachmann geht von dem Gedanken aus, daß Holland
im Falle eines deutschen Luftangriffes auf
England das natürliche Vorterrain darstellt. In
Scheldemündung Rotterdam-Imuiden und der Schel-
de, der holländische Kriegshafen, können zu zahl-
reichen Dolchen werden, die sich gegen den Rumpf
Englands richten. Major Maas greift dann auf die
bekannte Bemerkung Baldwins über, daß Englands
Grenze am Rhein liege, und bestätigt diese Auf-
fassung, indem er feststellt, daß ein „feindliches Luft-
geschwader, 20 Minuten nachdem es durch die eng-
lische Küstenwache entdeckt worden sei, bereits über
London erscheinen könne“. Für England ist es also
eine Lebensfrage, daß die Niederlande in einem kom-
menden Krieg nicht in die Gewalt seiner Gegner
fallen. Man dürfe sich darüber keine Illusionen
machen; sobald England sehe, daß Holland sich
Deutschland nicht vom Leibe halten könnte, bestünde
die Gefahr, daß es ganz einfach diese Aufgabe selbst
übernehme. Der Korrespondent des „Völkischen Be-
obachters“ fügt nun hinzu, Major Maas betrachte
die Angelegenheit rein vom militärwissen-
schaftlichen Standpunkt aus und sehe
außerdem in dieser Veröffentlichung ein wirksames
Mittel, um seiner Truppe einen besonderen Dienst
zu leisten. Die Zeitung aber sehe in erster Linie die
politische Seite und arbeite diese stark heraus;
denn am nächsten Tage veröffentlichte sie einen Ar-
tikel, der in sensationeller Weise die Gefahr schil-
dert, die Holland und England vom bösen Deutsch-
land her droht. Damit sei die antideutsche Propa-
ganda fertig; man stütze sich auf die Meinung eines
sachkundigen und einflussreichen Offiziers. — Das
Erstaunliche an der Sache sei, daß es diesem Offizier
nicht aufgefallen sei — so schreibt der Korrespondent
des „V.“ —, daß die Tagespresse denn doch kein
Lehrsaal einer Kriegsschule sei, sich also zu solchen
Erörterungen nicht eigne. Die Zeit werde
gewiß aber auch ihn davon überzeugen, daß das neue
Deutschland an Verletzungen der Gebiete seiner Nach-
barn nicht denke. Es werde sich wehren, wenn es
angegriffen werde, jedoch unter keinen wie immer
gearteten Bedingungen aus eigenem Antrieb den
Krieg auf das Gebiet eines neutralen Nach-
barn übertragen.

Der Konflikt Debèze-Nuyten.

Der Chef des Generalstabs seines Amtes enthoben.

(-) Brüssel, 12. Okt. Der Zwischenfall zwischen dem
Kriegsminister Debèze und dem Chef des belgischen
Generalstabs Nuyten, der in einer Kritik nach den
Manövern erklärt hatte, man dürfe nicht zu
sehr auf die schnelle Hilfe anderer Staaten rechnen,
wobei er sich außerdem über die „Unfähigkeit des
Parlaments“ beklagte, hat eine überraschende und
radikale Lösung gefunden. Nuyten ist seines Po-
stens enthoben worden. Wenn auch dieser Zwischen-
fall der äußere Anlaß zu dieser scharfen Maßnahme
war, so liegt doch der tiefere Grund in den Mei-
nungsverschiedenheiten der beiden Per-
sönlichkeiten über die für die Verteidigung des Lan-
des zu ergreifenden Maßnahmen. Der Chef des
Generalstabs ist für eine Verteidigung des Landes
hinter der Maas, ja wenn es sein muß an der
Schelde, während die Regierung, das Parlament und
der größte Teil der öffentlichen Meinung für eine
solche Opferung des größten Teils des Landes nicht
zu haben sind. Als das Parlament die Kredite für
den Bau der Grenzbefestigungen billigte,
hat Nuyten, so wirkt man in den Regierungskreisen,
dem Chef des Generalstabs vor, wenig Eifer gezeigt,
um die ausgearbeiteten Pläne durchzuführen. Kriegs-
minister Debèze, der seit Monaten über diese kapi-
tale Frage mit dem Generalstabschef im Streit
liegt, hat schließlich die Geduld verloren und den
Ministerpräsidenten und den König wissen lassen,
daß sie zwischen ihm und dem Generalstabschef zu
wählen hätten. Die Ansicht des Kriegsministers
ist durchgedrungen. General Nuyten soll Anfang
nächsten Jahres die Führung des zweiten Armeekorps
in Antwerpen erhalten.

Aus dem Ausland.

Großbritannien

Die Luftrüstungen.

(-) London, 12. Okt. Wie der politische Korrespon-
dent der „Evening News“ meldet, wird das englische
Luftrüstungsbudget im nächsten Jahr um
5 Millionen Pfund auf 25 Millionen Pfund erhöht
werden. Die Erhöhung diene dem Bau von elf der
41 geplanten neuen Geschwader, sowie von sechs neuen
Flugplätzen.

† Lord Cushtendun.

London, 12. Okt. (Havas.) Am Freitag Vormittag